

---

# Der Patriot

— Lippstädter Zeitung —

---

Dienstag, der 21. November 2006

---

## Vorwürfe noch bekräftigt

### BUND ergänzt Strafanzeige gegen den Kreis Soest in Sachen PFT

**KREIS SOEST** Der Landesverband NRW im Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) hat seine Vorwürfe gegen den Kreis Soest im Zusammenhang mit dem PFT-Skandal in einem Schreiben an die Staatsanwaltschaft Arnsberg noch bekräftigt. Wie berichtet, hatte die Umweltorganisation bereits im September gegen den Kreis Strafanzeige wegen „Täterschaft oder Beihilfe durch Unterlassen des Einschreitens“ erstattet. 2002 gab es im Raum Rüthen zahlreiche Beschwerden über einen „bestialisch stinkenden“, so genannten „Bodenverbesserer“ der Firma „GW Umwelt“, der hier nach Angaben des BUND in großen Mengen aufgebracht worden ist. Nicht nur wegen der extremen Geruchsbelästigung habe es aus den Reihen örtlicher BUND-Vertreter Anfragen bezüglich des Verdachts auf problematische Inhaltsstoffe gegeben. Hierbei sei zum Beispiel auch auf Vegetationsschäden in der Nähe der Zwischenlager des Materials hingewiesen worden, schreibt der stellv. Landesvorsitzende Paul Kröfges. Trotz der frühzeitigen BUND-Hinweise habe es der Kreis versäumt, eine umfangreiche Schadstoff-Analyse durchzuführen und sich auf eine Beprobung gemäß Bioabfallverordnung beschränkt. Deshalb seien die Perfluorierten Tenside (PFT) auch unentdeckt geblieben und die illegale Sondermüll-entsorgung auf den Äckern, Wiesen und in den Wäldern habe noch mehrere Jahre fortgesetzt werden können. Die Kreisverwaltung habe der BUND-Kreisgruppe Soest damals mitgeteilt, dass sämtliche Bedenken unangebracht seien.

„Gerade der Umstand, trotz Beschwerden von Anwohnern und Anfragen des BUND, Kreisgruppe Soest, lediglich nach Bioabfall-Verordnung geprüft zu haben, ist der Behörde als Untätigkeit vorzuwerfen“, betont Kröfges. Organische Schadstoffe wie etwa auch PFT seien nicht in deren Prüfumfang enthalten.

Mittlerweile sei auch bekannt, dass es bereits 2002 erhebliche Bedenken gegen die Geschäftspraktiken der Firma und die Inhaltsstoffe der vertriebenen „Bodenverbesserer“ gab. Der BUND verweist auf einen entsprechenden Artikel im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt“. Auch habe der Kreis Gütersloh damals offenbar ein Verfahren gegen das Unternehmen eingeleitet. Hinweise auf mögliche kriminelle Machenschaften solle es auch im Umweltministerium gegeben haben.

Mit ihrer „unkritischen Einstellung“ hätten die verantwortlichen Beamten des Kreises Soest die über mindestens vier Jahre andauernden Machenschaften ermöglicht und die Verursacher gegenüber berechtigter Besorgnis abgeschirmt, heißt es in dem Schreiben an die Staatsanwaltschaft. Sie trügen an den immensen Schäden auch strafrechtlich relevante Verantwortung.

khg

Montag, 20.11.2006

## War Kreis zu unkritisch?



Der PFT-Skandal: Jetzt erhebt der BUND neue Vorwürfe gegen den Kreis. Foto: Kortmann

Rüthen / Kreis Soest. (JK) In einem Schreiben an die Staatsanwaltschaft in Arnberg untermauern die Umweltschützer des BUND ihre Vorwürfe gegen den Kreis Soest im Zusammenhang mit dem Skandal um die Industriechemikalie PFT: Paul Kröfges, stellvertretender Landesvorsitzender, wirft den Beamten der Kreisverwaltung vor, durch ihre "unkritische Einstellung und eingeengte Sichtweise" die Tätigkeit der Firma GW Umwelt über Jahre "ermöglicht und die Verursacher gegenüber berechtigter Besorgnis abgeschirmt" zu haben. Deshalb müssten sich auch die Beamten des Kreises strafrechtlich verantworten.

Kröfges ergänzt mit seinem Schreiben die Strafanzeige, die der BUND Anfang September gegen den Kreis erstattet hatte. In der Zwischenzeit hatte die Kreisverwaltung, wie berichtet, die Vorwürfe des Verbandes als haltlos zurückgewiesen: Der Kreis habe unter anderem 2002 nach Beschwerden aus der Bevölkerung zusätzliche Proben des so genannten "Bodenverbessers" (in dem 2006 PFT gefunden wurde) genommen und untersucht - die gesetzlichen Anforderungen der Bioabfallverordnung für die Ausbringung auf die Felder seien aber erfüllt gewesen.

Der BUND wirft der Kreisverwaltung nun einen "Tunnelblick" und "Untätigkeit" vor, weil sie (trotz der Beschwerden in 2002) nur auf diese Verordnung fixiert gewesen war: Durch diese Beschwerden hätte "zwingend der Verdacht aufkommen" müssen, dass in dem Dünger eben auch andere Stoffe enthalten gewesen seien. Diese hätte der Kreis im Rahmen seiner Sorgfaltspflicht "prüfen können und müssen" - andere Verordnungen dazu gab es schließlich, die Behörde hätte zum Beispiel nach Klärschlammverordnung oder dem Bundes-Bodenschutzgesetz oder der Altlastenverordnung prüfen können.

Der Kreis vertraute auf die von GW Umwelt deklarierte Zusammensetzung ihres Stoffes: Wenn man dieses ungeprüft glaube, so Paul Kröfges, dann "wäre der PFT-Skandal bis heute noch nicht erkannt worden und wohl nie ans Tageslicht gekommen." Andere Kreise wie Gütersloh seien da kritischer gewesen - diese Vorbehalte aber seien im Kreis Soest "permanent ignoriert" worden.

Weil die Soester Kreisverwaltung aber 2002 so positiv über den Dünger urteilte, sei damals den kritischen Fragestellern der Boden entzogen worden: Zum Dank seien sie damals von den Landwirten "mit heftigen anonymen und offen vorgebrachten Androhungen von Schadensersatzforderungen" konfrontiert worden.

Über die PFT-Problematik und ihre Auswirkungen wird der BUND am kommenden Freitag, 24. November, um 19.30 Uhr im Hotel Spitze Warte in Rüthen-Hemmern ausführlich informieren.

20.11.2006

Zeitungsverlag Westfalenpost GmbH

PRESSEspiegel

PRESSEspiegel